

PRESSEINFORMATION 05/2024

Stromstudie für Baden-Württemberg

BWIHK-Präsident Erbe: Unsere Ergebnisse zeigen kräftig steigenden Strombedarf – ohne schnelleren Ausbau von Erneuerbaren und Stromnetzen drohen der Südwestwirtschaft große Wettbewerbsnachteile

Stuttgart, 22. Januar 2024 – „Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg muss schneller vorankommen, um den bis zum Jahr 2040 stark steigenden Strombedarf im Land zu decken. Auch wenn das gelingt und alle realistischen Potenziale des Erneuerbaren-Ausbaus umgesetzt werden können, bleibt ein nicht unerheblicher Strom-Importbedarf übrig. Dabei gilt: Sowohl für den Import als auch für die heimische Stromproduktion der Erneuerbaren vor Ort müssen die Stromnetze auf Übertragungs- und Verteilebene ausgebaut werden. Wir kommen zweifellos nicht umhin, auch hier aufs Tempo zu drücken“, so stellt **Christian O. Erbe, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK)** die zentralen Ergebnisse der ‚BW-Stromstudie‘ vor, welche im Auftrag des BWIHK vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg erstellt wurde.

Die IHK-Organisation im Land hat die Stromstudie im Sommer 2023 beauftragt, um Folgen und Herausforderungen der Energiewende für Baden-Württemberg faktenbasiert bewerten zu können. Das Ziel der Kammern hierbei ist, Risiken im weiteren Umsetzungsverlauf zu erkennen, um spezifische Handlungserfordernisse herauszuarbeiten zu können, denn die IHKs begleiten die Energiewende aus Praxis-Sicht konstruktiv-kritisch im Sinne der Mitgliedsunternehmen. „Die Studie ist ein Benchmarking der politischen Vorgaben, denn das Land hat sich das besonders ehrgeizige Klimaziel gesetzt, fünf Jahre früher als der Bund klimaneutral zu werden – hängt aber zugleich beim Ausbau der Erneuerbaren Energien hinterher. Somit klaffen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander, uns droht eine Stromlücke. Das macht die Sicherung der Energieversorgung zu einem besonders herausfordernden Standortfaktor“, führt **BWIHK-Vizepräsident Dr. Jan Stefan Roell** aus, auch Präsident der im BWIHK für den Energiebereich federführenden IHK Ulm.

„Der Stromverbrauch in Baden-Württemberg belief sich im Jahr 2021 auf 64 Terawattstunden pro Jahr. Bis 2040 wird sich der Energiebedarf mit 109 bis 161 Terawattstunden, je nach zugrunde gelegtem Szenario, mehr als verdoppeln. Ein

Haupttreiber hierfür ist auch die Industrie, die ihre Dekarbonisierung im Wesentlichen durch Elektrifizierung erreichen muss, um Öl und Gas zu ersetzen“, erläutert **Dr. Christoph Kost**. Der ISE-Wissenschaftler beziffert das maximale Stromerzeugungspotenzial aus Erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg auf über 300 TWh, allerdings sind derzeit rund nur 92 TWh anvisiert. Die 92 TWh stellen eine Vervierfachung der heutigen Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien dar und lassen sich nur erreichen, wenn sehr hohe Zubauraten bei Photovoltaik und Windkraft erreicht werden. „Baden-Württemberg wird daher voraussichtlich selbst bei einer Vervierfachung der heutigen Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien auf Stromimporte bis zu 67 Terawattstunden im Jahr angewiesen sein“, bilanziert Kost.

„Für die Wirtschaft in Baden-Württemberg sind die Studienergebnisse mehrfach eine schlechte Nachricht“, so **BWIK-Vizepräsident und Energiefachsprecher Roell**. Er verweist darauf, dass Baden-Württemberg fernab von den nativen Zentren der Erneuerbaren-Erzeugung (EE) im Norden liegt. Süddeutschland werde in der Folge als Standort für Industrieunternehmen im Allgemeinen und energieintensive Industrie im Besonderen geschwächt. Es drohen Unternehmensabwanderungen. „Wir brauchen attraktive Rahmenbedingungen für private Investoren. Das gilt sowohl für den Ausbau der Erneuerbaren Energien als auch der Übertragungsnetze von Nord nach Süd sowie für Backup-Kraftwerke, um Schwankungen der EE auszugleichen. Ohne diese Investitionsanreize ist die Energiewende nicht zu stemmen, was wir nicht zuletzt an der Haushaltsnotlage des Bundes sehen. Auch an die europäische Wasserstoff-Infrastruktur, den sogenannten H2-Backbone, muss Baden-Württemberg angeschlossen werden“, betont Roell.

Roell ergänzt: „Unsere Studie zeigt eindrücklich, dass ein beherztes Voranschreiten bei Bereitstellung von Flächen und bei Genehmigungen von Anlagen dringend nötig ist. Hier denke ich auch an den Landesentwicklungsplan. Denn wettbewerbsfähige Energiepreise und sichere Stromversorgung stehen für unsere Wirtschaft ganz vorne auf der Agenda. Daher schlage ich einen Strompreisgipfel mit allen wichtigen Akteuren unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten vor, um die Situation bis 2040 gemeinsam tiefer zu beleuchten und Lösungen zu finden.“

Damit der Ausbau grundsätzlich gelingen kann, müssten mehrere Voraussetzungen erfüllt sein, führt weiter **Wolfgang Grenke** aus, Präsident der IHK Karlsruhe, welche

die Studiererstellung federführend begleitet hat: „Wir brauchen ein politisches und gesellschaftliches Klima, das den notwendigen Beitrag der Wirtschaft zur Dekarbonisierung anerkennt und unterstützt“. Denn die BW-Betriebe selbst zeigten sich aktiv und anpassungsbereit. 84 Prozent engagierten sich in Energieeffizienz-Maßnahmen, für 63 Prozent der Unternehmen ist Energieeinsparung gegenüber dem Vorjahr wichtiger geworden. „Die Zahlen belegen, dass die BW-Wirtschaft Herausforderungen von Energiewende und Klimaschutz gleichermaßen angenommen hat und mit dem eigenen Betrieb aktiv unterstützt, insbesondere die hiesigen Industriebetriebe. Weiter ist die Politik am Zug, um auf dem Feld der Regulatorik alle Hürden zu beseitigen, die den Klimaschutz-aktivitäten der Unternehmen und dem Ausbau der Erneuerbaren im Wege stehen“.

In Umfragen der IHK-Organisation hat sich die Lage und Standortattraktivität für Baden-Württembergs Wirtschaft kontinuierlich verschlechtert. Impulse aus dem Exportgeschäft fehlen nachhaltig, Auftragspolster schmelzen ab, Innovations- und Produktionsbedingungen werden immer negativer bewertet. **Erbes Appell:** „Die Ergebnisse der aktuellen Befragungen zeigen deutlich, dass es allerhöchste Zeit ist zu handeln. Unser Standort ist mit großen strukturellen Herausforderungen konfrontiert, für die wir schnell Lösungen finden müssen. Stattdessen sind wir in besorgniserregendem Maße gezwungen, uns mit lähmendem Kleinklein und überbordender Bürokratie zu beschäftigen. Was jetzt zählt ist, bei zentralen Aufgaben wie der Energiewende die Ärmel hochzukrempeln. Eine Verlagerung von Aktivitäten ins Ausland ist für immer mehr Betriebe Thema, was nichts anderes als nachhaltigen Verlust von Wertschöpfung für BW bedeutet. Die Politik muss jetzt handeln und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schaffen.“

Diese und weitere Presseinformationen finden Sie [hier](#).

Ansprechpartner für Medienschaffende/Redaktionen:

BWIHK | Kommunikation
Tobias Tabor
Tel.: 0711 225500-64
tobias.tabor@bw.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedsammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.